

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:468819-2023:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Nagold: Dienstleistungen von Architekturbüros  
2023/S 147-468819**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Stadt Nagold

Postanschrift: Burgstr. 10

Ort: Nagold

NUTS-Code: DE12A Calw

Postleitzahl: 72202

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Klotz und Partner GmbH - Frau Daniela Hesslinger

E-Mail: [hesslinger@klotzundpartner.de](mailto:hesslinger@klotzundpartner.de)

Telefon: +49 711/18744-20

Fax: +49 711/18744-33

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.nagold.de](http://www.nagold.de)

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E18118765>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E18118765>

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI, LPH 1 - 9, stufenweise für die Erweiterung des Parkdecks Innenstadt Ost zur Mobilitätsdrehscheibe

**II.1.2) CPV-Code Hauptteil**

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

**II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

**II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Die Stadtwerke Nagold betreiben seit dem Jahr 2003 das zentrumnahe Parkdeck „Innenstadt Ost“ mit derzeit klassischen gebührenpflichtigen 103 Parkplätzen für PKW. Die beiden Ein und Ausfahrtmöglichkeiten zum und aus dem Parkdeck sind über Schranken geregelt. Das Bezahlen der Parkgebühren erfolgt am Kassenautomat mit Bargeld oder mit Karte.

Aus dem vergangenen Jahrzehnt stammen Überlegungen das Parkdeck um weitere PKW Stellplätze zu erweitern.

Infolge geänderten Anforderungen an Mobilitätskonzepte für die Zukunft u.a. ausgelöst durch Klimaveränderungen, den rapiden Anstieg der Energiekosten und Forderungen aus der Umweltgesetzgebung hat sich die Stadt Nagold der Thematik angenommen und möchte die ursprünglich reine Erweiterung des Parkdecks als Abstellfläche für PKW zu einer innenstadtnahen Mobilitätsdrehscheibe weiterentwickeln.

Der Altbestand des Parkdecks und die neu zu entwickelnde Fläche sollen einer multimodalen Nutzung zugeführt werden.

Der Standort zeichnet sich zum einen wegen seiner fußläufigen Innenstadtnähe, wie auch zu seiner ebenfalls fußläufigen Nähe zum Zentralen Omnibusbahnhof und zum Stadtbahnhof (Regionalzug) Innenstadt aus.

Neben den zentralen Themen als Standort für die Anbindung der Nutzer zum Zug, Bus, der Innenstadt und der Parkraumbereitstellung für (E-)PKW, (E-)Roller, (E-)Bikes mit der dafür notwendigen Bereitstellung der (E) Ladeinfrastruktur (nach Vorgaben der GEIG Verordnung) für die Pendler, Besucher, Anwohner, Shopper und Touristen gilt es noch weitere umweltrelevante Gesichtspunkte zu beachten. Dies sind u.a. die klimafreundliche Stromerzeugung ggfls. mit PV Anlage und Stromspeicherung und im stark versiegelten Innenstadtstandort auch Verbesserungen für das Mikroklima und das Regenwassermanagement. Weitere Ideen können der beigefügten Präsentation entnommen werden.

Neben der Entwicklung des Parkdecks zur Mobilitätsdrehscheibe ist zu beachten, dass das Bestandsgebäude „altes Notariat“ zum Betriebsgebäude der städtischen Betriebe der Stadt Nagold umgebaut werden soll und die Volksbank ebenfalls eine Innenstadtentwicklung der vorhandenen Freiflächen anstrebt.

Die Ingenieurbüros für die Tragwerks- und die Elektroplanung stehen bereits fest.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 350 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE12A Calw

Hauptort der Ausführung:

Nagold

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI, LPH 1 - 9.

Es ist beabsichtigt, die Leistungsphasen stufenweise zu beauftragen (Stufe 1: LPH 1 - 3, Stufe 2: 4 - 7, Stufe 3: 8 + 9).

Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei; ein Anspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht.

Im Leistungsumfang enthalten sind alle Planungsaufgaben und alle erforderlichen Nebenleistungen, die zur sachgerechten und vollständigen Ausführung der Planung gehören bzw. erforderlich sind.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Projektorganisation / Gewichtung: 20%

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des betrauten Personals, insbesondere der Projekt- und Bauleitung / Gewichtung: 25%

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung / Gewichtung: 25%

Preis - Gewichtung: 30%

**II.2.6) Geschätzter Wert**

**II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/12/2023

Ende: 30/06/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

**II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1) Anzahl Beschäftigte: 50 Punkte.

2) Referenzen Unternehmen - Gebäudeplanung: 700 Punkte.

**II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

**II.2.11) Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Teilnahmebedingungen**

**III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

a) § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV: Eigenerklärung, dass mindestens ein Inhaber oder eine Führungskraft des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares“ gemäß § 75 Abs. 1 VgV berechtigt ist (Ausschlusskriterium).

Auf Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares“ vorzulegen.

Hinweis: Für Bewerber aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) aufgeführt.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

b) § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung (Ausschlusskriterium);

c) § 36 Abs. 1 VgV: Eigenerklärung über die Inanspruchnahme Kapazitäten Dritter und ggf. Verpflichtungserklärung aller vorgesehenen Nachunternehmer (Ausschlusskriterium);

d) Eigenerklärung über Nichtvorliegen Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB (Ausschlusskriterium);

e) Eigenerklärung über Nichtvorliegen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB (Ausschlusskriterium).

f) Eigenerklärung zum Mindestlohn (MiLoG) Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern kurzfristig die Vorlage geeigneter Nachweise zu den o. g. Eigenerklärungen zu fordern.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu b) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit 1 500 000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und 1 000 000 EUR Deckungssumme für sonstige Schäden mit Nachweis der Maximierung der Ersatzleistungen auf mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr. Für den Zeitraum der Bewerbungsphase ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, welche die geforderte Deckungssumme im Auftragsfall zusichert. Im Auftragsfall muss die entsprechende Haftpflichtpolice vorgelegt werden.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

g) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Durchschnittliche Zahl der angestellten technischen Beschäftigten (m/w/d) in den letzten 3 Geschäftsjahren im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen;

Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden (Bei Bewerbergemeinschaften: Summe der Beschäftigten):

-  $\geq 3 = 50$  Punkte /  $< 3 = 0$  Punkte.

h) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV:

2 Referenzprojekte im Hochbau mit vergleichbarer Aufgabenstellung und Planungsanforderung, bei denen die Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI 2021 unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht wurde.

Für jedes Referenzprojekt ist ein Projektdatenblatt mit prüfbare Angaben zu den im Folgenden genannten Mindestbedingungen und Projektmerkmalen sowie zum Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten einzureichen.

Projektmerkmale Referenzen 1 + 2:

- Referenzprojekt 1: Baukosten KG200 - 600, EUR netto:  $\geq 2\,000\,000$  EUR = 100 Punkte /  $< 2\,000\,000$  EUR und  $\geq 1\,000\,000$  EUR = 50 Punkte /  $< 1\,000\,000$  EUR = 0 Punkte;

- Referenzprojekt 2: Baukosten KG200 - 600, EUR netto:  $\geq 1\,000\,000$  EUR = 100 Punkte /  $< 1\,000\,000$  EUR und  $\geq 500\,000$  EUR = 50 Punkte /  $< 500\,000$  EUR = 0 Punkte;

- Referenzprojekt 1 oder 2: Nutzungsart Parkdeck oder Parkhaus = 100 Punkte;

- Referenzprojekt 1 und 2: jeweils beauftragte und vollständig erbrachte Leistungsphasen 2 - 8 gemäß § 34 HOAI 2021 = 100 Punkte.

(Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die folgenden entsprechenden Leistungspunkte reduziert:

LPH 2: 7 Punkte / LPH 3: 15 Punkte / LPH 4: 3 Punkte / LPH 5: 26 Punkte / LPH 6: 10 Punkte / LPH 7: 4 Punkte / LPH 8: 35 Punkte).

- Referenzprojekt 1 und 2: jeweils öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 GWB = 100 Punkte.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu h) Folgende Mindestbedingungen für die Wertbarkeit der Referenzprojekte zur Feststellung der Eignung sind je zwingend erforderlich:

- Abschluss der letzten beauftragten und vollständig erbrachten Leistungsphase der Projekte (ohne LPH 9) jeweils ab dem 01.01.2018 und vor Einreichungsfrist dieses Teilnahmeantrags.

- Die Projekte müssen jeweils mindestens in die Honorarzone III gemäß Anlage 10.2 HOAI 2021 eingeordnet sein.

Die Mindestbedingungen müssen von jedem Referenzprojekt separat erfüllt werden, damit das jeweilige Referenzprojekt in die Wertung eingehen kann.

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares gemäß § 75 Abs. 1 VgV

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

- i) § 43 Abs.2 + 3 VgV 2016: Bewerber/Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen.  
Eine Bietergemeinschaft wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung tätig. Im Teilnahmeantrag sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.  
Eigenerklärung über die Auftragsanteile der einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft im Auftragsfalle.
- j) § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung über die Durchführung der freiberuflichen Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen.
- k) Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen (BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022).  
Die Kriterien i) + k) sind Ausschlusskriterien.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

**Abschnitt IV: Verfahren**

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 12/09/2023

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 20/09/2023

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der für die Bewerbung erarbeitete Teilnahmeantrag ist für die Bewerbung zwingend zu verwenden. Der Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB abzugeben.

Der Teilnahmeantrag nebst Nachweisen, zu erstellenden Anlagen sowie allen Bescheinigungen etc. sind elektronisch über die Funktion „Teilnahmeantrag abgeben“ der Vergabeplattform subreport ELViS einzureichen. Rückfragen sind ausschließlich über die Vergabeplattform subreport ELViS zu stellen. Die Beantwortung der Rückfragen erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform subreport ELViS.

Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Eine Bewerbung in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Einzelbewerbung aus und umgekehrt, wie auch eine Bewerbung in einer weiteren Bewerbergemeinschaft.

Eine Bewerbung als Einzelbewerber oder in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Bewerbung als Subunternehmer aus.

Mehrfachbewerbungen als Subunternehmer bei unterschiedlichen Einzelbewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: [Vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:Vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: [www.rp-karlsruhe.de](http://www.rp-karlsruhe.de)

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 21.07.2021.

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften

geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB.

Insbesondere gilt:

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß §134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
28/07/2023